

Tanja Michaelberger

**ALTERSVORSORGE DURCH
PENSIONSFONDS**

Diplomarbeit

BEI GRIN MACHT SICH IHR WISSEN BEZAHLT



- Wir veröffentlichen Ihre Hausarbeit, Bachelor- und Masterarbeit
- Ihr eigenes eBook und Buch - weltweit in allen wichtigen Shops
- Verdienen Sie an jedem Verkauf

Jetzt bei www.GRIN.com hochladen
und kostenlos publizieren



Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre
Wirtschaftstheorie
Universität Mannheim
WS 1997/98

Diplomarbeit

ALTERSVORSORGE DURCH PENSIONSFONDS

Vorgelegt von:

Tanja Michelberger

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	4
Abbildungsverzeichnis	5
Einleitung	6
Aufbau der Arbeit	14
Teil I. Einordnung von Pensionsfonds in den Bereich der Altersvorsorge	16
1. Ausgestaltung von Pensionsystemen	16
1.1 Kriterienübersicht.....	16
1.2 Pensionsfonds	19
2. Anforderungen an eine Alterssicherung.....	20
2.1 Normative Betrachtung	20
2.2 Das Drei-Säulen-Modell der Weltbank als Beispiel eines ausgewogenen Alterssicherungssystems.....	21
3. Betriebliche Alterssicherung im Kontext unternehmerischer Ziele.....	24
3.1 Finanzwirtschaftliche Zielsetzung	25
3.1.1 DER EIGENHANDEL.....	25
3.1.2 DIE PLANTERMINIERUNG.....	25
3.1.3 DIE STEUER-ARBITRAGE.....	25
3.1.4 DIE RISIKOERHÖHUNG	25
3.2 Personalpolitische Zielsetzung.....	28
3.2.1 VERHALTENSWISSENSCHAFTLICHE BZW. MOTIVATIONSTHEORETISCHE ANSÄTZE.....	29
3.2.2 ÖKONOMISCHE ANSÄTZE.....	29
3.2.3 ANSÄTZE DER BETRIEBLICHEN WILLENSBILDUNG	30
4. Besonderheiten von Pensionsfonds gegenüber anderen Formen der betrieblichen Altersvorsorge.....	30
5. Grundsätzliche Organisationsformen der Pensionsleistungen	32
5.1 Beitragsorientierte Pensionssysteme	32
5.2 Leistungsorientierte Pensionssysteme.....	33
5.3 Vergleich der Organisationsformen	35
6. Die Überlegenheit betrieblicher Alterssicherungssysteme.....	38
6.1 Adverse Selektion bei individueller Altersvorsorge	38
6.2 Pensionsfonds als Lösung des Informationsproblems	39
Teil II. Status Quo betrieblicher Altersvorsorge in den USA, Deutschland und der Schweiz.....	42
1. Trend der betrieblichen Alterssicherung in den USA	42
2. Kreis der Anspruchsberechtigten und ihre Rechtstellung.....	44
3. Besteuerung von Pensionsfonds	47
3.1 Normative Betrachtung	47
3.2 Steuerliche Regelungen in den USA.....	49
4. Regulierung von Pensionsfonds	50
4.1 Normative Betrachtung	50
4.2 Regulierung in den USA	54
5. Besondere nationale Modelle betrieblicher Alterssicherung.....	62
5.1 Betriebliche Altersversorgung in Deutschland	62
5.2 Betriebliche Altersversorgung in der Schweiz	76

Teil III. Die verschiedenen Wirkungsebenen von Pensionsfonds	80
1. Der Einfluß von Pensionsfonds auf das Einkommen und die Ersparnis des begünstigten Arbeitnehmers	80
2. Pensionsfonds innerhalb des Arbeitsmarkts.....	81
2.1 Arbeitsmarktinflexibilität	81
2.2 Abfall des Verrentungsalters und der Arbeitsmarkt- beteiligung älterer Arbeitnehmer.....	82
3. Pensionsfonds innerhalb des Finanzmarkts	83
3.1 Corporate Finance	83
3.2 Fondsmanagement.....	90
3.3 Corporate Governance	98
Teil IV. Fazit.....	103
1. Resümee	103
1.1 Allokation.....	104
1.2 (Gerechte) Verteilung.....	105
1.3 Angemessenheit.....	106
1.4 Sicherheit	108
2. Implikationen für die Politik.....	109
Anhang.....	114
Literaturverzeichnis	119

Abkürzungsverzeichnis

ABO	Accumulated Benefit Obligation
AHV	Allgemeine Alters- und Hinterlassenenversicherung (CH)
BAG	Bundesarbeitsgericht
BetrAVG	Gesetz zur Verbesserung der betrieblichen Altersversorgung
BVG	Bundesgesetz über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversorgung (CH)
ERISA	Employee Retirement Income Security Act
EStG	Einkommensteuergesetz
EWR	Europäischer Wirtschaftsraum
FASB	Financial Accounting Standard Board
GG	Grundgesetz
IAS	International Accounting Standards
IRC	Internal Revenue Code
KStG	Körperschaftsteuergesetz
OECD	Organization for Economic Cooperation and Development
PBGC	Pension Benefit Guaranty Corporation
PBO	Projected Benefit Obligation
PSVaG	Pensions-Sicherungs-Verein auf Gegenseitigkeit
SEC	Securities and Exchange Commission
SFr	Schweizer Franken
VAG	Versicherungsaufsichtsgesetz

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1	Der Europäische Markt für Pensionsfonds, gemessen am Pensionsvermögen	1
Abb. 2	Die Entwicklung wichtiger demographischer und ökonomischer Größen in Deutschland	2
Abb. 3	Strukturelle Verschiebungen im Bevölkerungsaufbau und ihre Auswirkungen auf die Gesetzliche Sozialversicherung	3
Abb. 4	Renditen der Altersversicherungssysteme	4
Abb. 5	Die Entwicklung des Bundeszuschusses	5
Abb. 6	Anteil des Bundeszuschusses zur Rentenversicherung an den Ausgaben des Bundes- haushaltes	5
Abb. 7	Vermögen der Pensionsfonds in ausgewählten OECD-Ländern	6
Abb. 8	Renten staatlicher Sozialsysteme	7
Abb. 9	Ziele betrieblicher Alterssicherungssysteme	19
Abb. 10	Einkommensquellen der älteren Haushalte	44
Abb. 11	Die Säulen der Altersversorgung in der BRD	61
Abb. 12	Deckungsmittel der betrieblichen Altersversorgung in der BRD	62
Abb. 13	Kapitalanlagen der Pensionskassen in Deutschland	68
Abb. 14	Verteilung der Durchführungsformen auf Arbeitnehmer mit betrieblicher Altersvorsorge	71
Abb. 15	Entwicklung des Aktienbesitzes der Sektoren in den USA in Mrd. US-\$	85
Abb. 16	Entwicklung des Aktienbesitzes der Sektoren in den USA in %	85
Abb. 17	Konzentration des Aktienbesitzes an den zehn größten börsennotierten Unternehmen	89
Abb. 18	Die Finanzierung deutscher Produktionsunternehmen	90
Abb. 19	Aktienbesitz in Deutschland	90
Abb. 20	Auslandsinvestitionen von Pensionsfonds	94
Abb. 21	Vermögensallokation von Pensionsfonds	96
Abb. 22	Vergleich der Regulierungen in den USA, Deutschland und der Schweiz	120
Abb. 23	Formen der betrieblichen Altersversorgung in Deutschland	121

Einleitung

„Schon junge Menschen, die gerade ins Erwerbsleben eintreten, machen sich heute Gedanken um ihre Versorgung im Alter. Man könnte den Kopf darüber schütteln, man könnte sich darüber entrüsten; vielleicht aber sollte man darüber nachdenken, woher denn diese Besorgnis kommt.“⁴

Höhere Lebenserwartung und mangelnder familiärer Rückhalt erforderten im Zeitablauf eine allgemein höhere Vorsorge², d.h. den Ausbau derjenigen

„sozialen Instrumente, die die Lebensqualität der Familie im Altersruhestand gewährleisten“³.

In Ländern wie Deutschland, Frankreich oder Italien, in denen ältere Altersgruppen einen bedeutenden Anteil der Wählerschaft stellen, wurden daraufhin von den Regierungen - stützend auf eine breite politische Legitimation - die staatlichen Alterssicherungssysteme stark ausgeweitet, wodurch die Entwicklung der privaten Vorsorge größtenteils gehemmt wurde.

Abbildung 1

Der Europäische Markt für Pensionsfonds, gemessen am Pensionsvermögen, 1993								
Insgesamt	GB	NL	BRD ¹	F	DK	Südeuropa	IRL	B
1.203 Mrd. US-\$	59,6%	22,0%	8,8%	3,4%	2,2%	2,2%	1,5%	0,6%

¹ Vermögen der Pensions- und Unterstützungskassen

Quelle: Pragma Consulting NV/SA

Die Finanzierung staatlicher Renten und Pensionen wird angesichts eines geringen Wirtschaftswachstums, hoher Arbeitslosigkeit, steigender Lebenserwartung und alternder Gesellschaftsstruktur vor allem in solchen Staaten immer schwieriger, deren Systeme auf dem Umlageverfahren beruhen, für zukünftige Verpflichtungen also kein Kapital angespart wird. Die besondere Problematik der oben genannten Staaten besteht darin, daß nicht nur die private Altersvorsorge bislang eine eher bescheidene Rolle spielt und zum Teil - wie etwa die betriebliche Altersversorgung in Deutschland - rückläufig ist, sondern daß zusätzlich das staatliche Altersversorgungssystem ausschließlich auf Basis des Umlageverfahrens finanziert wird. Von Italien, den Niederlanden und Japan abgesehen, entwickelt sich die Altersstruktur der Bevölkerung in keinem Land so ungünstig wie in Deutschland. Der sogenannte Altenquotient, d.h. der Anteil älterer Personen über 65 Lebensjahre gemessen an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15 - 65 Jahre), wird in Deutschland von derzeit 22% bis zum Jahr 2030 auf 47% steigen. Im Vergleich dazu fallen die bevorstehenden Strukturverschiebungen in den USA mit einem Anstieg von 19% auf rd. 32% weit weniger dramatisch aus. Der Trend zur Frühverrentung ohne versicherungsmathematisch faire Abschläge und die Verwendung des Rentensystems für andere sozialpolitische Zwecke

¹ Vgl.: Oswald von Nell-Breuning: Solidarität zwischen den Generationen, 1986, S. 22

² Vgl. Leslie Hannah: Similarities and Differences in the Growth and Structure of Private Pensions in OECD-Countries, 1992

³ Vgl.: K. Spremann: Sind die Renten sicher? 1987, S. 895

verschärften das Problem noch zusätzlich. Das Rentenreformgesetz '92, das unter anderem die Anpassung der Einzelrenten an die Veränderung der Nettoentgelte⁴ und die stufenweise Anhebung der Altersgrenzen ab dem Jahr 2001 verabschiedete, war zwar längst überfällig, reichte aber für eine Stabilisierung der Rentenversicherungsbeiträge bei weitem nicht aus. Auch der Wissenschaftliche Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft warnt

„...vor der Auffassung, es sei durch solche und ähnliche Reformen möglich, die Funktionsfähigkeit der gesetzlichen Rentenversicherung zu bewahren.“⁵

Ein Gutachten der Basler Prognos AG⁶ sieht selbst für den Fall günstiger Wirtschaftsentwicklung einen Anstieg der Beitragssätze von heute 20,3% auf über 26% des beitragspflichtigen Einkommens im Jahr 2040 für unausweichlich, sollten keine erheblichen Anstrengungen zur Reformierung der gesetzlichen Rentenversicherung unternommen werden. Dies impliziert, daß das durch Umlage finanzierte Rentenniveau rascher und deutlicher zurückgeführt werden sollte, als bislang vom Bundestag beschlossen, und durch ein Kapitaldeckungsverfahren ergänzt werden müßte.

Abbildung 2

Die Entwicklung wichtiger demographischer und ökonomischer Größen in Deutschland in %						
	Obere (günstige) Variante			Untere (ungünstige) Variante		
	1992	2010	2040	1992	2010	2040
Altenanteil¹	20,4	25,5	31,7	20,4	25,7	33,7
Nettoquote²	67,2	64,9	58,0	67,2	64,1	54,5
Staatsquote³	49,5	47,5	49,1	49,5	48,9	54,6
Abgabenquote⁴	42,8	42,4	45,4	42,8	44,0	50,2
Steuerquote⁵	24,4	22,3	23,6	24,4	22,9	25,5

¹ Anteil der über 59-jährigen an der Gesamtbevölkerung

² Verhältnis von Nettolohn- und Gehaltsumme zu Bruttolohn- und Gehaltsumme

³ Staatsausgaben im Verhältnis zum Bruttosozialprodukt

⁴ Steuern und Sozialbeiträge im Verhältnis zum Bruttosozialprodukt

⁵ Steuern im Verhältnis zum Bruttosozialprodukt

Quelle: PROGNOS-Gutachten, Basel, März 1995

⁴ Vormalig Bruttoentgelte

⁵ Vgl.: Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft: Grundlegende Reform der gesetzlichen Rentenversicherung, 19. März 1998, S. 2

⁶ Prognos - Gutachten: Perspektiven der gesetzlichen Rentenversicherung für Gesamtdeutschland vor dem Hintergrund veränderter politischer und ökonomischer Rahmenbedingungen, März 1995

Abbildung 3

Strukturelle Verschiebungen im Bevölkerungsaufbau und ihre Auswirkungen auf die gesetzliche Sozialversicherung in %								
	Obere Variante				Untere Variante			
	1992	2010	2030	2040	1992	2010	2030	2040
Altersquotient¹	35,6	N.V.	66,8	63,8	35,6	N.V.	72,6	69,6
Beitragssatz zur Rentenversicherung	17,7	22,4	26,3	26,3	17,7	23,0	28,5	28,7
Beitragssatz zur gesamten Sozialversicherung	36,7	43,4	46,7	48,6	36,7	44,5	49,8	52,7

¹ Verhältnis der Personen mit 60 und mehr Jahren zu den Personen von 20 bis 59 Jahren
Quelle: PROGNOSE-Gutachten, Basel, März 1995

Die gesetzliche Rentenversicherung zielt seit der Rentenreform 1957 auf die Sicherung des Lebensstandards (Ziel der Einkommensstetigkeit). Dies ist ordnungspolitisch nicht zu rechtfertigen und angesichts steigender Rentnerzahlen auch nicht zu finanzieren. Schon heute liegt die implizite Staatsschuld in Form der Anwartschaften der gesetzlichen Rentenversicherung bei gut 10 Billionen DM, was etwa dem Fünffachen der expliziten Staatsschuld entspricht⁷. Ziel sollte es daher sein, die betrieblichen und privaten Alterssicherungssysteme auf Kapitaldeckungsbasis auszubauen, um die Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung absenken zu können. Diese Systeme sammeln die Beitragszahlungen in einem externen Treuhandfonds, der die Mittel nach portfoliotheoretischen Gesichtspunkten am Kapitalmarkt anlegt und aus dem die späteren Rentenzahlungen geleistet werden. Grundidee ist hierbei, daß sich die Last des Sozialaufwandes auf dem Wege über eine Vergrößerung des zukünftigen Sozialproduktes, die durch Ersparnis und Kapitalbildung induziert wird, leichter tragen läßt⁸. Ein positiver Nebeneffekt einer Altersvorsorge durch Kapitalbildung wäre, daß das Interesse der Bürger an stabilen wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen und insbesondere an einem stabilen Geldwert weiter gestärkt würde⁹. Neben dem Aufbau eines langfristigen Kapitalstocks durch die Verzinsung der angelegten Mittel zum marktüblichen Zinssatz ist bei einem Übergang zum Kapitaldeckungsverfahren mit gesamtwirtschaftlichen Effizienzgewinnen zu rechnen, die vor allem aus besseren Anreizstrukturen resultieren. Vieles deutet darauf hin, daß bei privat organisierter, auf Kapitaldeckung beruhender Altersvorsorge mehr gearbeitet und mehr gespart werden würde, da die Pflichtbeiträge des jetzigen staatlichen Systems zunehmend von den Beitragszahlern als Steuer empfunden werden. Die von jeder Steuer ausgehenden verzerrenden Wirkungen dürfen auch in diesem Zusammenhang nicht übersehen werden. Hohe durchschnittliche und vor allem marginale Abgabenbelastungen haben negative Arbeitsanreizwirkungen, verstärken die Tendenz zur Auflösung der (versiche-

⁷ Vgl.: Wissenschaftlicher Beirat des Bundesministeriums für Wirtschaft: Grundlegende Reformen der gesetzlichen Rentenversicherung, 19. März 1998, S. 13. Dieser Wert ergibt sich unter der Annahme eines Realzinssatzes von 4%, einer Wachstumsrate des realen Lohnsatzes von 2% und der Bevölkerungsprognose des Statistischen Bundesamtes. Der Wert wird durch die Kommission „Fortentwicklung der Rentenversicherung“ bestätigt: „Es wäre ein Kapitalstock in einer Größenordnung von 10 Billionen DM erforderlich, um die gegenwärtigen Renten und Rentenansprüche abzusichern...“ Vgl.: Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung: Eckpunkte für die Rentenreform '99, Bonn 1997, S. 23.

⁸ Vgl.: Wissenschaftlicher Beirat des Bundesministeriums für Wirtschaft, ebenda, S. 8

⁹ Vgl.: Dieter Bräuninger und Norbert Walter: Privatisierung der Rentenversicherung - ein Weg aus dem Dilemma der Sozialpolitik, 3. November 1997

ungspflichtigen) Normalarbeitsverhältnisse, steigern den relativen Vorteil schattenwirtschaftlicher Aktivitäten und behindern das wirtschaftliche Wachstum. Dies um so mehr, als zukünftig mit einer Beitragsrendite der gesetzlichen Rentenversicherung gerechnet werden muß, die erheblich unterhalb der Kapitalmarktrendite anzusiedeln ist.

Abbildung 4

Renditen der Altersversicherungssysteme in %			
	Sachanlagenrendite¹	Realzins²	Rendite Umlageverfahren³
Früheres Bundesgebiet			
1970 - '79	4,9	3,2	3,9
1980 - '89	4,3	4,7	1,3
1990 - '94	5,1	3,9	1,8
1990 - '95	-	4,5	1,6
1970 - '94	4,7	4,1	2,4
Deutschland			
1992	4,6	2,7	2,9
1993	4,1	2,0	-2,6
1994	4,6	4,2	0,2
1995	5,2	5,1	1,3
1996	-	4,7	-0,8

¹ Inl. Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen der Unternehmen zuzügl. des Saldos der Zinsen und Nettopachten mit den übrigen Sektoren abzügl. kalkulatorischer Unternehmerlohn in Relation zum jahresdurchschnittlichen Nettoanlagevermögen zu Wiederbeschaffungspreisen.

² Umlaufrendite festverzinslicher Wertpapiere mit einer mittleren Laufzeit von über 9 bis 10 Jahren deflationiert mit dem Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte.

³ Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit und kalkulatorischer Unternehmerlohn deflationiert mit dem Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte.

Quelle: Sachverständigenrat 1996

Die intergenerationale Umverteilung zu Lasten künftiger Generationen ist politisch nicht hinnehmbar und widerspricht zutiefst der Idee des zugrundeliegenden „Generationen-vertrags“. Berechnungen der Deutschen Bundesbank im Rahmen eines „Generational Accounting“¹⁰ bestätigten die Vermutung,

*„...daß die Beibehaltung der finanz- und sozialpolitischen Bedingungen des Jahres 1996 zukünftigen Generationen erdrückende Lasten aufbürden würde.“ Bei diesen Berechnungen wurde insbesondere vernachlässigt, „daß die mit der wachsenden Belastung wahrscheinlich einhergehenden Verhaltensänderungen die wirtschaftliche Entwicklung nachhaltig beeinträchtigen würden. [...] Geboten ist somit eine nachhaltige Rückführung der Staatsquote...“.*¹¹

Steigende Pensionszahlungen belasten durch den Bundeszuschuß das Staatsbudget und verdrängen andere wichtige öffentliche Güter und Dienstleistungen. Die Opportunitätskosten ver-

¹⁰ Das Konzept des „Generational Accounting“ beruht auf der Zuordnung der Abgaben an den Staat einerseits und der staatlichen Leistungen andererseits auf die einzelnen Altersjahrgänge der Bevölkerung. Auf Grundlage dieser Generationenkonto ist es möglich, die Belastungen, die sich für die öffentlichen Finanzen in der Zukunft abzeichnen und von finanz- und sozialpolitischen Entscheidungen teilweise selbst verursacht werden, sowie langfristige Umverteilungswirkungen zwischen den Generationen, zu beurteilen. Vgl.: A.J. Auerbach, J. Gokhale und L.J. Kotlikoff: *Generational Accounts - A Meaningful Alternative to Defizit Accounting*, 1991

¹¹ Vgl.: Die fiskalische Belastung zukünftiger Generationen - eine Analyse mit Hilfe des Generational Accounting. Deutsche Bundesbank, Monatsbericht November 1997

drängter wachstumsfördernder staatlicher Investitionen, z.B. in Ausbildung oder Infrastruktur, sind schwer zu beziffern, wodurch sich die Fehlallokation staatlicher Ressourcen der öffentlichen Bewertung entzieht.

Abbildung 5

Die Entwicklung des Bundeszuschusses			
	Ausgaben der Rentenversicherung in Mio. DM	Zuschüsse des Bundes in Mio. DM	Anteil des Bundes an den Versicherungsausgaben
1991	261.562	50.476	19,3%
1996	374.807	77.167	20,6%
1997	384.039	82.665	21,5%
1998	396.995	96.135	24,2%

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, Die Rentenreform 1999

Abbildung 6

Anteil des Bundeszuschusses zur Rentenversicherung an den Ausgaben des Bundeshaushaltes			
	Bundeshaushalt in Mrd. DM	Bundeszuschüsse in Mrd. DM	Anteil an den Ausgaben des Bundeshaushaltes
1974	134,0	16,2	21,1%
1984	251,8	32,8	13,0%
1994	471,2	71,5	15,2%
1998	466,4 ¹	96,1	20,6%

¹ 456,8 Mrd. DM Bundeshaushalt zzgl. 9,6 Mrd. DM die zusätzlich bereit gestellt werden müssen.

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, Die Rentenreform 1999

Der Handlungsbedarf auf Seiten der Politik ist unübersehbar geworden. Die Kommission zur „Fortentwicklung der Rentenversicherung“ erachtet ebenfalls

„eine die Renten der gesetzlichen Rentenversicherung ergänzende kapitalgedeckte, private und betriebliche Altersvorsorge für wichtig und förderungswürdig.“

Die Kommission schlägt in diesem Zusammenhang vor:

„Zur langfristigen Stärkung des Gesamtsystems der Alterssicherung ist ein deutlicher und rascher Ausbau der kapitalfundierten Altersvorsorge in den bestehenden Systemen der zweiten und dritten Säule anzustreben. Die Möglichkeiten der betrieblichen und privaten Altersvorsorge sind auch durch steuerliche Maßnahmen zu verbessern. Der derzeitigen Stagnation und dem - in Teilbereichen - zu beobachtenden Rückgang der betrieblichen Altersversorgung ist durch Verbesserung der arbeitsrechtlichen Rahmenbedingungen entgegenzuwirken.“¹²

Gefordert ist nun ein zügiger Ausbau der betrieblichen und privaten Alterssicherungssysteme zur Kompensation einer reduzierten staatlichen Leistung. Dabei sollte eine faire Verteilung der Umstellungslasten angestrebt werden, die weder Junge noch Alte überfordert. Dazu bedarf es des

¹² Die Kommission „Fortentwicklung der Rentenversicherung“ unter Vorsitz Dr. Norbert Blüms, Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, ist am 12. Juni 1996 von der Bundesregierung mit dem Auftrag eingesetzt worden, „Vorschläge zu erarbeiten, wie auch angesichts der demographischen Entwicklung der bewährte Generationenvertrag für die Zukunft weiterentwickelt werden kann“. Sie hat sich am 5. Juli 1996 konstituiert und in der Folgezeit 10 Sitzungen, davon eine zweitägige Klausurtagung, beraten. Die Beratungen wurden am 27. Januar 1997 abgeschlossen und die Vorschläge der Öffentlichkeit vorgestellt.

Konsenses der Generationen. Für die Jungen gilt es, ihr eigenes Schicksal endlich auch politisch in die Hand zu nehmen; für die Alten gilt es, Solidarität mit den nächsten Generationen nicht (nur) zu fordern, sondern einzubringen¹³.

Abbildung 7

Vermögen der Pensionsfonds in ausgewählten OECD-Ländern 1995		
	Summe in Mrd. US-Dollar	in Prozent des BIP
Deutschland¹	140	5,8
Frankreich	74	4,8
Großbritannien	879	79,9
Italien	61	5,6
Niederlande	327	82,4
Schweden	80	35,0
Schweiz	280	91,5
Japan	1.263	25,5
Vereinigte Staaten	4.258	61,0

¹ Die Angaben schließen neben den Pensionskassen auch die Unterstützungskassen ein.

Quelle: InterSEC Research Corp., Stanford

Eine Generation, die im Alter über eine gesicherte Rente verfügen möchte, muß während ihres Erwerbslebens hinreichend Humankapital oder Realkapital bilden. Eine andere Möglichkeit gibt es nicht. Wenn es die Generation der heute Erwerbstätigen vorzieht, nur noch wenige Kinder großzuziehen, dann bleibt ihr nur der Versuch, das fehlende Humankapital durch Realkapital zu ersetzen, indem die bei der Kindererziehung eingesparten Mittel am Kapitalmarkt angelegt werden. Zur Einführung des Kapitaldeckungsverfahrens gibt es daher keine Alternative¹⁴.

Abbildung 8

Renten staatlicher Sozialsysteme	
(Maximale) Rente eines Durchschnittsverdieners in v.H. der durchschnittlichen Bruttolöhne (Richtwerte)¹	
Deutschland	53
Frankreich	69
Großbritannien	33
Italien	78
Niederlande	33
Vereinigte Staaten	43

¹ Angaben für 1993 (USA 1990)

Quelle: European Federation for Retirement Provision, OECD

Die Ausgestaltung der Alterssicherungssysteme in den USA sind verglichen mit der Bundesrepublik Deutschland weit besser für die Zukunft gerüstet. Die USA nehmen, was das in Pensionsfonds angesammelte Vermögen betrifft, mit 4,3 Bio. US-Dollar eine absolute Spitzenstellung ein.

¹³ Vgl.: Dieter Bräuninger, Norbert Walter: Privatisierung der Rentenversicherung - ein Weg aus dem Dilemma der Sozialpolitik, 3. November 1997

¹⁴ Vgl.: Wissenschaftlicher Beirat des Bundesministeriums für Wirtschaft: Grundlegende Reformen der gesetzlichen Rentenversicherung, 19. März 1998, S. 20.